

St. Peters Bote,
 die älteste deutsche katholische Zeitung
 in Canada, erscheint jeden Donnerstag in
 Muenster, Sask., und kostet bei Voraus-
 zahlung:
In Canada, per Jahrgang \$2.00
In Der Staaten u. Ausland: \$2.50
Einzelne Nummern 10 Cents.
 Anzeigen werden berechnet zu
 1.00 Dollar pro Zeile einseitig für die
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zeile für
 nachfolgende Einrückungen.
 Kalendertafeln werden zu 20 Cents pro
 Seite wöchentlich berechnet.
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$20.00
 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei
 großen Aufträgen gewährt.
 Jede nach Ansicht der Herausgeber
 für eine erste oder zweite Seite Familien-
 zeitung unpassende Anzeige wird unbeding-
 t zurückgewiesen.
 Man adressiere alle Briefe u. s. w. an
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hoch-
 w. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Patren zu Münster, Sask., Canada.
18 Jahrgang, No. 47. Münster, Sask., Donnerstag den 4. Januar 1922. Fortlaufende No. 931.

St. Peters Bote,
 the oldest Catholic newspaper in
 Saskatchewan, is published every
 Thursday at Muenster, Sask. It is
 an excellent advertising medium.
SUBSCRIPTION:
 \$2.00 per year, payable in advance.
 \$2.50 to the United States and abroad.
 Single numbers 10 cents.
ADVERTISING RATES:
 Transient advertising \$1.00 per inch
 for first insertion, 50 cents per inch
 for subsequent insertions. Reading
 Notices 20 cents per count line.
 Display advertising \$2.00 per inch
 for 4 insertions, \$20.00 per inch for
 one year. Discount given on large
 contracts. Legal Notices 12 cents per
 agate line 1st insertion, 8 cents later.
 No advertisement admitted at any
 price, which the publishers consider
 unsuited to a Catholic family paper.
 Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

Von der „Abrüstungs“-Konferenz.

Washington, 27. Dez. Die Anzeichen, daß der von Staatssekretär Hughes unterbreitete Plan für die Verminderung der Tauchbootflotten der fünf Großmächte vorworfen werden wird, stehen sich beständig. Heute erklärte der japaner Hanjima von neuem, daß Japan sich nicht mit weniger als 54,000 Tonnen Tauchboote zusprechen geben werde. (Nach dem neuen Plane würde Japan nur 31,000 Tonnen haben dürfen.) Auch die französische Delegation erhielt von Paris die Weisung, den neuen Plan zu verwerfen und auf einer Tauchbootflotte für Frankreich von 90,000 Tonnen bestehen zu bleiben. Da die französische Kammer heute ein Vertrauensvotum für Briand gegeben hat, so erklärte die französische Delegation, daß Briand in seiner Tauchbootforderung für Frankreich vom Parlament unterstützt werden. Infolgedessen wird Sarraut, der Führer der Franzosen, in der morgigen Sitzung des Flottenkomitees Frankreichs Standpunkt aufrechterhalten, selbst wenn dadurch alle Hoffnung auf Einigung in der Tauchbootfrage zerstört würde. Im Weißen Hause verlaute, Präsident Harding erwarte, daß die Delegaten sich zur Einberufung einer neuen Konferenz verstehen würden, wenn die Tauchbootfrage jetzt nicht gelöst werden könnte. Ein Mitglied der italienischen Delegation sprach sich heute sehr pessimistisch über den Wert dessen, was in der Konferenz bis jetzt geleistet worden ist, aus. Italien sei sehr enttäuscht über den Ausgang der Erörterung des Großschiffverhältnisses, weil Italien jetzt gezwungen sein werde, mehr Schiffe zu bauen, um auf gleicher Stufe mit Frankreich zu bleiben. Es ist klar, daß Italien fürchtet, es werde infolge der Konferenz mehr Ausgaben als zuvor haben. Der Wortführer der Italiener sagte ferner, die Weisbehaltung des bisherigen Zustandes in Bezug auf Tauchboote bis zu einer neuen Konferenz würde für Italien nicht annehmbar sein. Wenn man zu keinem Abkommen über Tauchboote und andere Hilfsschiffe der Flotten komme, werde die Konferenz für Italien keine andere Bedeutung haben, als größere Ausgaben. — Die militärischen Fachleute der italien. Delegation reisten heute nach ihrer Heimat ab, da sie überzeugt sind, daß diese Konferenz sich mit Beschränkung der Rüstungen zu Lande nicht befassen wird. Die britische Delegation machte ebenfalls bekannt, daß ihre militärischen Ratgeber am 31. Dez. abreisen würden.

Frankreich keinen plausiblen Grund, warum es so viele Tauchboote und Hilfsschiffe braucht und es erregte den Verdacht der Welt in Hinsicht auf seine künftigen Militär- und Marinepläne. Ohne Zweifel erhielt die lange Freundschaft zwischen Frankreich und England durch die bitteren Debatten über die französische Seepolitik einen schweren Stoß. Durch seine Haltung hat Frankreich auch nach Ansicht vieler Beobachter seine historische Freundschaft mit den Ver. Staaten gefährdet. Die Konferenz zeigte sich auf ein Schlichtsverhältnis für die fünf Seemächte. Sie hofft noch immer eine Grenze für Hilfsschiffe zu setzen. Auch hinsichtlich der Tonnage von Flugzeugmuttermaschinen werden solche Hoffnungen gehegt, in denen Japan bei dieser Waffe mehr als ihm zugewiesen, und auch England wird nun wohl die gleiche Forderung stellen, als Gegenmaßregel gegen Tauchboote. Der Antrag des Amerikaners Rost, der humane Vorschriften für den Luftkrieg erklärte, wird wohl angenommen werden, aber die Briten erklärten, daß man sich doch nicht auf eine wirksame Durchführung dieser Vorschriften verlassen könne. In der nächsten Plenarsitzung wird jedenfalls Frankreich die Schuld an dem teilweisen Mißlingen des Flotten-Abrüstungsprogramms aufgebürdet werden.

29. Dez. — Dem Luftkriegskomitee wie auch dem Ausschuss für Kriegsführungsregeln wurde nunmehr offiziell der amerikanische Plan für die Beschränkung des Luftkrieges unterbreitet. Der überreichendste Bestandteil desselben ist, daß Amerika unter gewissen Bedingungen die Bombardierung offener Städte durch Flugzeuge erlauben will. Der fragliche Passus bejaht: „Offene Städte, Ortschaften, Wohnstätten und Baulichkeiten dürfen nicht wegen Verweigerung einer Kontribution Luftbombardements unterworfen werden. Wohl aber können Material u. Bedarfsartikel-Requisitionen, die zu der gegebenen Zeit notwendig sind, vernünftigerweise durchzuführen werden.“ Andere Klauseln des Planes belagern: „Nicht verboten ist die Bombardierung von Verbindungszentren, Waffen- oder Materiallagern, Militär- oder Marine-Establishments, Werkstätten, Anlagen und Fabriken, die unmittelbar der Herstellung von Kriegsmaterial dienen, gleichgültig wo sie gelegen sind. Bei Luftangriffen müssen von dem Kommandeur alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um so weit wie möglich Gebäude zu schonen, die dem Gottesdienst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, und ebenso historische Denkmäler, Hospitäler, Hospitäler, und andere Lokalitäten, in denen Kranke und Verwundete untergebracht sind, vorausgesetzt, daß solche Plätze zu gegebener Zeit nicht militärischen Zwecken dienen.“ Pflicht der Einwohner ist es, solche Denkmäler, Baulichkeiten und Plätze durch Schilder, die von oben sichtbar sind, kenntlich zu machen. Solche Schilder müssen aus großen rechteckigen Tafeln bestehen, die egal in zwei dreieckige Felder geteilt sind, von denen das eine weiß, das andere schwarz gefärbt sein muß.“ — Amerikanische Sachverständige begünstigen auch die Ver-

galisierung der Giftgas als Kriegswaffe, soweit sie nicht gegen die Zivilbevölkerung gebraucht werden, jedoch wünscht das japanische Komitee keine der bestehenden „Mitteln“, die diese Waffe verpönen, außer Kraft zu setzen. England, Frankreich, Italien und Japan haben sich in St. Petersburg (1888) und im Haag (1899 und 1907) und zuletzt noch mit dem Verfallener Friedensvertrag (Artikel 171) verpflichtet, Giftgas nicht zu Kriegszwecken zu gebrauchen. Amerika war zwar in keinem dieser Fälle Vertragspartei, unterzeichnete aber, ebenso wie England, Frankreich und Italien, die in ähnlichem Sinne abgefasste Erklärung vom 26. März 1918, unter der nur die japanische Unterschrift fehlt.

Vom Ausland.
 Berlin. General Hans von Beseler, der Eroberer Antwerpens und später Generalgouverneur des besetzten russischen Gebiets, ist in einer Privatklinik in der Nähe von Potsdam gestorben. Beseler war im Jahre 1850 in Pommern geboren; nach Abschluß des Gymnasiums in Berlin trat er 1868 ins Heer ein, machte den deutsch-französischen Krieg als Leutnant mit und erhielt das Eisener Kreuz, sowie den Roten Adlerorden; im J. 1898 war er Kommandeur des 65. Infanterie-Regiments, ein Jahr später Generalquartiermeister der Armee.
 Köln. Die alliierten Okkupationsarmeen im Rheinland, deren Herabsetzung die deutsche Regierung erstrebt, bestehen gegenwärtig aus etwa 118,000 Offizieren und Soldaten. Verschiedene deutsche Zeitungen verlangen, daß die Armeen der vier Mächte um mehr als die Hälfte vermindert werden sollten. Das Verlangens, daß die Berliner Regierung hierdurch spart, konnte für den Beschadigungsstudium verwendet werden. Die Besatzungsarmeen sind wie folgt verteilt: England 4,000, Ver. Staaten 5,600, Belgien 18,000, Frankreich 85,000. Bis vor wenigen Monaten hatte Großbritannien 8,000 Mann. Verschiedene Abteilungen wurden damals nach Deutschland geschickt, wo sie jetzt im Dienst stehen.
 London. Der Gouverneur von Madaira hat nach einer Depeche aus Funchal von Paris die Weisung erhalten, die Abreise der Grafen von Bataillon nach der Schweiz zu verhindern. Bataillon hatte Erlaubnis erhalten, sich zu ihrem kranken Sohne zu begeben und wollte schon abreisen.
 Wien wurde am 28. Dez. eine vom Premierminister Lloyd George ausgehende Erklärung abgegeben, daß die Regierung in Sachen des Vertrages mit Irland bis zur nächsten Grenze gegangen sei, und daß die Verhandlungen nicht von neuem aufgenommen werden könnten. Aus Dublin wurde gemeldet, daß die leitenden Mitglieder des Dail Eireann auf Seiten der Freunde des Gegners des Vertrages, eine geheime Sitzung gehabt hatten, in der ein Vergleich zustande gekommen sei, der Ratifizierung des Vertrages gewiß mache.
 Dublin, Irland. Der Erfolg des irisch-englischen Vertrages scheint gesichert. Anhänger von Collins und Griffiths beanpruchen

ander zu enthalten, gegenständig eine anzuerkennen, Post- und Telegraphenverbindungen herzustellen und gegenseitige Hafenrechte für Schiffe anzuerkennen. Ferner werden geschäftliche Missionen ausgetauscht werden, die gewisse diplomatische Privilegien erhalten sollen. Alle Produkte mit Ausnahme von alkoholischen Getränken können ausgetauscht werden, ohne den russischen Steuern unterworfen zu sein, und die Sowjetregierung erhebt keine Ansprüche auf Gelder, die Italien der alten russischen Regierung schuldet. Rußland hat jetzt Verträge mit Italien, Desterreich, England, Deutschland, Norwegen, Persien, der Türkei und den baltischen Staaten. Mit Griechenland und Schweden verhandelt Rußland jetzt.
 — Nach dem jetzt bekanntgegebenen Ergebnis der Volkszählung in Italien hat Rom 750,000 Einwohner. 1916 war die Einwohnerzahl der Stadt 600,000 geschätzt worden. Die Bevölkerung Mailands ist im letzten Jahre von 690,000 auf 720,000 gewachsen.
 Nagasaki. Die Hungerlage ist unheimlich geworden, sagte Oberst Hostell, der Leiter des amerikanischen Hilfswerks in Nagasaki, nach seiner Ankunft aus Moskau. Er ist nach London unterwegs, um mit dem europäischen Leiter amerikanischer Hilfe zu beraten. Wo die Menschen vor einigen Monaten zu Hunderten starben, bemerkte Hostell, sterben sie jetzt zu Tausenden. In wenigen Monaten werden sie zu Hunderttausenden sterben. Eines der Hilfsagenten fand auf einer 400 Meilen langen Reise nur zwei Orte, wo Nahrung zu haben war.
 Moskau, Rußland. Die Sterblichkeit im Hungernot-Gebiet nimmt unheimlich zu; wie nach Moskau berichtet wird, werden im Gebiet 500,000 Kinder überlebt, aber 200,000 Kinder gestorben. Amerikaner werden gegenwärtig über 800,000 Kinder, und man nimmt an, daß die Zahl bald eine Million überschritten haben wird. Die europäischen Hilfsvereine sind bereit, sich zu einem ungefähren 100,000 Kinder zu beteiligen.
 Tokio. Die sogenannte Schuttschiffverträge in dem in Washington vereinbarten Viermächte-Vertrage hat in Japan einen wahren Sturm von Protesten verursacht, und es ist schon so, daß Japan den Vertrag in dessen jetziger Fassung nicht ratifizieren werde. Tanaka, der Krieg-Minister des Auswärtigen, hat dem Parlamente versprochen, daß die „Schuttschiffe“ gänzlich gekündigt werden würde. Die Japaner erachten es als für ihr Land bedenklich, wenn die Fremdmächte unter den Schutz fremder Mächte gestellt würde.
 Washington. Am 27. Dez. waren Anzeichen dafür vorhanden, daß der Viermächte-Vertrag dahin ameniert werden wird, daß die Schuttschiffe bezüglich Gebührenten und Anlieferungen auf Australien und Neuseeland, aber nicht auf das japanische Hauptgebiet oder dem Okkupationsgebiet in China anzuwenden haben soll. Der japanische Botschafter Schidehara soll hierüber bereits Unterredungen mit Staatssekretär Hughes gehabt haben.
 Stockholm. Dreiundzwanzig Menschen ertranken, als das eithländische Schiff Surema nach einem Zusammenstoß mit dem Sowjet-Schiff Biuga vor der finnischen

St. Peters Bote, SASK.

St. Peters Bote, SASK.